

**Presseinformation**  
5. Oktober 2010

**Überparteiliches Essener Wahlbündnis für  
Alternative Unabhängige Fortschrittliche  
Kommunalpolitik**



Goldschmidtstr. 3  
45127 Essen  
Tel. 8908210  
oder 32 38 00

[www.essen-steht-auf.de](http://www.essen-steht-auf.de)  
e-mail: [vorstand@essen-steht-auf.org](mailto:vorstand@essen-steht-auf.org)

## **Sackgasse Ein-Euro-Jobs**

### **„Essen steht AUF“: Kritik an Stadt zutreffend**

Das Wahlbündnis „Essen steht AUF“ hält die Kritik der Arbeitsagentur-Chefin an der Essener Praxis, Hartz IV-Berechtigte in Ein-Euro-Jobs zu schieben statt die Eingliederungsmittel vor allem für Qualifizierungen zu verwenden, für berechtigt. „Die Quote von Vermittlungen in Arbeit, von der man auch leben kann, ist in Essen beschämend“, so AUF-Ratsherr Dietrich Keil. „Wie Oberbürgermeister Paß und Sozialdezernent Renzel das als ´30 Jahre erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik´ bezeichnen können, ist nicht nur den Essener Erwerbslosen ein Rätsel.“

Für *Essen steht AUF* waren und sind Ein-Euro-Jobs nichts als ein Disziplinierungsinstrument, das ausweislich vieler Studien Beschäftigung eher verhindert als fördert. Dass Frau Wilken-Klein das als Essener Sackgasse kritisiert und sich dabei auf vergleichende Analysen der Nürnberger Arbeitsagentur bezieht, träfe die Stadtspitze natürlich tief, weil sie die Agentur los werden und ab 2012 allein die über die Eingliederungsmillionen verfügen will.

„Getroffene Hunde bellen“, kennzeichnet Keil die Reaktion auch von CDU und SPD, „weil sie wissen, dass mehr als viermal so viel Geld für 1-Euro-Jobs gerade bei den „Wegen zum Wasser“ und anderen städtischen Projekten eingesetzt wird als für Qualifizierungsmaßnahmen zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.“ In Essen sei die Langzeitarbeitslosigkeit strukturell hoch. „Aber sie ist kein Essener, sondern ein gesellschaftliches Problem. Ich halte es für falsch, die Langzeitarbeitslosigkeit kommunalisieren zu wollen. Sie gehört zum Bereich staatlicher Sozialversicherung und nicht in kommunale Vereinzelung bei der Aufgabenwahrnehmung.“

Schon jetzt sei mit der EABG und deren Töchtern ein regelrechter Essener „Ein-Euro-Job-Konzern“ entstanden, der wie eine Leiharbeitsfirma von der Vermittlung der sog. „GemeinwohlarbeiterInnen“ lebe. Ratsherr Keil: „Und das nicht schlecht, wie das Gehalt und der Dienstwagen des EABG-Chefs zeigen. Das ist keine Zukunft für Essens Erwerbslose! Wir sehen uns in der Ablehnung der „Optionskommune“ Essen durchaus bestätigt.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

*Dietrich Keil*

Ratsherr von „Essen steht AUF“  
0201-55 63 23